



Forschungsergebnisse

Regulierung erschwert Glasfasernetzausbau

Schwerpunkt

Was sich bei Innovationen tut

Nachgefragt

Lohnt sich Fracking für Deutschland?

Mindestlohn senkt Bildungsrenditen im ostdeutschen Handwerk

Seit dem 1. Januar 2015 gilt in Deutschland ein branchenübergreifender Mindestlohn. Die Folgen für den Arbeitsmarkt werden erst langfristig meßbar sein. Allerdings kann die Betrachtung von schon bestehenden Branchenmindestlöhnen einige Erkenntnisse liefern. Eine aktuelle Studie des ZEW zeigt anhand des Mindestlohns im Dachdeckerhandwerk, dass zwar die Löhne der Geringverdiener steigen, die Verdienste der qualifizierteren Facharbeiter sich aber gleichzeitig verschlechtern.

Im deutschen Dachdeckerhandwerk wurde bereits im Oktober 1997 ein allgemeinverbindlicher Mindestlohn eingeführt, der derzeit bei 11,85 Euro liegt. So sollte dem gestiegenen Preiswettbewerb aus Osteuropa begegnet und die Entlohnung der Geringverdiener verbessert werden. Der Mindestlohn wurde zunächst auf unterschiedlichen Niveaus in Ost- und Westdeutsch-

land implementiert, seitdem mehrfach angehoben und im Jahr 2003 bundeseinheitlich geregelt. Seit der Angleichung sind insbesondere in Ostdeutschland außergewöhnlich viele Beschäftigte vom Mindestlohn betroffen. Mittlerweile werden in den neuen Bundesländern mehr als die Hälfte der Arbeitnehmer im Dachdeckerhandwerk nach dem Mindestlohn bezahlt.

Eine aktuelle ZEW-Studie analysiert die langfristigen Lohnwirkungen des Mindestlohns. Dabei werden auch Beschäftigte mit Verdiensten oberhalb der gesetzlich festgelegten Grenze berücksichtigt. Hierzu wurden Lohndaten der Landesausgleichskasse sowie der Bundesagentur für Arbeit für den Zeitraum 1994 bis 2008 zwischen Handwerkern vor und nach der Mindestlohn-Einführung verglichen.

Die Resultate zeigen, dass der Mindestlohn im Dachdeckerhandwerk insbesondere in Ostdeutschland zu einer Erhöhung

der Reallöhne bei den Geringverdienern geführt hat. Von diesen Lohnanstiegen konnten sogar Beschäftigte mit Verdiensten knapp oberhalb des Mindestlohns profitieren. In Folge dieser Entwicklung häufen sich mehr Beschäftigte mit ihren Verdiensten am Mindestlohn (siehe Grafik). Das angestrebte Ziel, die Entlohnung von Geringverdienern zu verbessern und die Lohnungleichheit der Dachdecker zu reduzieren, wurde also erreicht.

Löhne der besser bezahlten Fachkräfte stagnieren

Der Mindestlohn führte allerdings auch zu sinkenden Real-löhnen bzw. stagnierenden Nominallöhnen bei den besser bezahlten Handwerkern in Ostdeutschland. Das Aufrücken von Geringverdienern in der Lohnverteilung ging mit einem Abrutschen von Besserverdienenden einher (siehe Grafik). Zu den Betroffenen mit Lohnverlusten gehören vor allem qualifizierte Fachkräfte mit langjähriger Erfahrung sowie einer dauerhaften Betriebszugehörigkeit. Die Analyse zeigt, dass die Lohnzurückhaltung bei den Besserverdienenden insbesondere von den für das Handwerk typischen Kleinbetrieben ausging. Diese Betriebe verfügen im wirtschaftlichen Abschwung, wenn sie einer zunehmenden Kostenbelastung gegenüberstehen, nur über wenige Anpassungsmöglichkeiten wie beispielsweise Preiserhöhungen.

Anreize für höhere Qualifikationen schwinden

Eine zurückhaltende Lohnpolitik seitens der Betriebe wurde allerdings nur aufgrund der sinkenden Beschäftigungschancen bei Facharbeitern möglich. Durch eine größere Zahl besserqualifizierter Arbeitssuchender im Beobachtungszeitraum erhöhte sich die Verhandlungsmacht der Betriebe gegenüber ausgebil-

deten Mitarbeitern. Die Lohnabstände zwischen den Qualifikationsgruppen haben sich in Folge dieser moderaten Lohnpolitik verringert, was für sinkende Bildungsrenditen im Handwerk spricht. Die Resultate könnten den von den Betrieben beklagten Fachkräftemangel erklären. Die Anreize, eine höhere Qualifikation zu erlangen, werden geringer, da der Mehrverdienst zwischen ungelerten und gelernten Arbeitern weiter schrumpft.

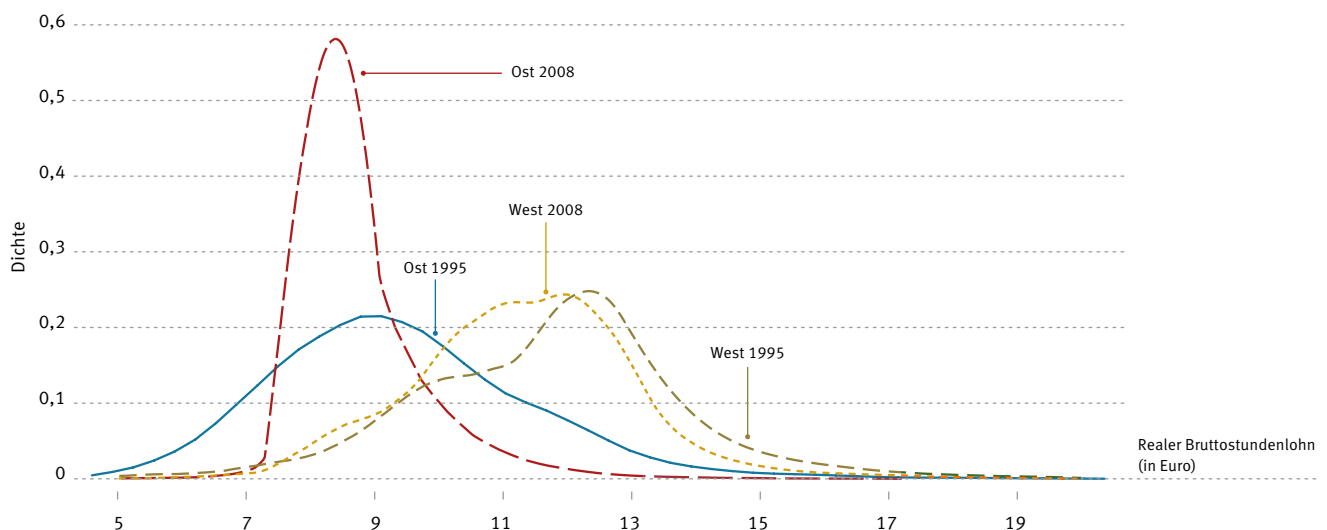
Ausbildung, Preisunterschiede und Firmengröße sollten für die Mindestlohnhöhe eine Rolle spielen

Angesichts der Ergebnisse sollte die von der Bunderegierung neu eingesetzte Mindestlohnkommission bei der Festlegung der Höhe des branchenübergreifenden Mindestlohns behutsam vorgehen und folgende Aspekte berücksichtigen: Erstens sollte auf mögliche Lohn- und Beschäftigungswirkungen unter qualifizierten Facharbeitern in Handwerksberufen wie dem Dachdecker-gewerbe geachtet werden. Zweitens sollte berücksichtigt werden, dass regionale Preisunterschiede – insbesondere zwischen Ost und West – für erhebliche Unterschiede in der Eingriffsintensität des Mindestlohnes in die Lohnverteilung sorgen. Drittens sollte die Firmengröße nicht außer Acht gelassen werden, da kleinere Handwerksbetriebe die Arbeitskostenanstiege deutlich schlechter verkraften. Schließlich sollten Anpassungen in der Beschäftigungsform als Folge des Mindestlohns in den Blick genommen werden. Vieles spricht dafür, dass die Zunahme der Ein-Personen Unternehmen im Handwerk eine Folge der schlechteren Arbeitsbedingungen für qualifiziertere Beschäftigte ist.

Die Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: <http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/dp/dp14133.pdf>

Dr. Terry Gregory, gregory@zew.de

STUNDENLOHNVERTEILUNG (IN REALEN GRÖSSEN) VOR UND NACH DER MINDESTLOHNEINFÜHRUNG IM DACHDECKERHANDWERK



Die Dichtefunktion gibt die Verteilung der realen Bruttostundenlöhne aller Dachdecker in Ost- und Westdeutschland für die Jahre 1995 und 2008 an. Beispielsweise gibt die Fläche unter der Dichtefunktion rechts von sieben Euro den Anteil der Personen an, die einen realen Stundenlohn von mehr als sieben Euro erhielten. Dieser Anteil hat vor allem in Ostdeutschland im Jahr 2008 im Vergleich zu 1995 deutlich zugenommen.

Regulierung hemmt Ausbau von Glasfasernetzen in Europa

Die globale Digitalisierung macht Multimediadienste zu Massenprodukten und verlangt damit eine hochmoderne Breitbandinfrastruktur. Mit wachsender Nachfrage auf Verbraucherseite steigt auch der Bedarf am Ausbau von Glasfasernetzen, um Daten schnell und in großer Menge transportieren zu können – eine kostspielige Investition, die für Anbieter mit der Frage verbunden ist: Wie sehen die regulatorischen Rahmenbedingungen mit Blick auf den Dienstewettbewerb aus? Eine ZEW-Studie dazu zeigt, dass Unternehmen EU-weit weniger in den Glasfasernetzausbau investieren, wenn die Infrastrukturregulierung zunimmt.

Betreiber von Breitbandnetzen der ersten Generation sehen sich im Zuge der Digitalisierung mit einem rasant wachsenden Bedarf an leistungsfähigen Informations- und Kommunikationsnetzen konfrontiert. Gefragt sind dabei nicht nur interaktive Multimediaangebote wie Video on Demand, HD-Fernsehen, 3-D-Anwendungen, Cloud Computing – das Speichern und Abrufen von Daten über entfernte Netzwerke – oder sogenanntes E-Health und E-Government, also die elektronische Abwicklung von medizinischen und amtlichen Diensten. Auch die massenhafte Verbreitung von mobilen Breitbandanwendungen – den umgangssprachlichen „Apps“ – bringt hohe Anforderungen an die Datenübertragungskapazitäten mit sich.

Umstellung auf Glasfasernetze birgt finanzielle Risiken für Investoren

Anbieter rechnen daher zum einen damit, neue Kommunikationsinfrastrukturen auf- und ausbauen zu müssen. Zum anderen verspricht der Netzausbau eine zunehmende Verbreitung von Internetdiensten und so lukrative Produktivitäts- und Wachstumspotenziale. Die Erneuerung bestehender Breitbandnetze oder deren teilweiser Ersatz durch Glasfasernetze gehen jedoch mit enormen Investitionsvolumen und dadurch mit hohen Risiken einher. Grundsätzlich stellt sich daher auch die Frage nach der optimalen Gestaltung regulatorischer Rahmenbedingungen, die effiziente Investitionen fördern und gleichzeitig Investitionsrisiken minimieren sollen. Davon ausgehend haben die ZEW-

Wissenschaftler untersucht, wie sich die speziellen Zugangsverpflichtungen im europäischen Telekommunikationssektor auf die Investitionsanreize von Anbietern im Glasfasernetzausbau auswirken.

Basis der Studie ist ein aktueller Paneldatensatz für bislang regulierte, bereits am Markt etablierte Betreiber sowie für die Gruppe bislang unregulierter alternativer Anbieter in den EU-27-Staaten zwischen den Jahren 2004 bis 2013. Anhand von bestimmten Vorleistungsregulierungen – konkret die Entbündelungsverpflichtung, der Bitstromzugang und der Wiederverkauf von Breitbandanschlüssen – berücksichtigen die Forscher, wie Regulierung die Investitionsanreize der Infrastrukturanbieter beeinflusst. Im Ergebnis zeigt sich einerseits: Nimmt der Dienstewettbewerb regulierungsbedingt um einen Prozentpunkt zu, geht die Investitionstätigkeit der einzelnen Unternehmen im Glasfasernetzausbau um bis zu mehr als fünf Prozent zurück.

Je höher das Entbündelungsentgelt, desto höher die Investitionsanreize

Andererseits belegt die Analyse mit Blick auf die Gesamtinvestitionen: Umso höher das Entbündelungsentgelt von der Regulierungsbehörde gesetzt wird, desto höher sind die damit durchschnittlich einhergehenden Investitionsanreize. Unter dem Strich erweist sich eine restriktive sektorspezifische Regulierungspolitik in Europa als Hemmnis, wenn es um umfangreiche Investitionen in Glasfasernetze geht. Zwar durchläuft der Glasfasernetzausbau in den EU-27-Staaten einen dynamischen, wenn auch langsamen Anpassungsprozess. Dennoch bleibt es aus Sicht der Forscher fraglich, ob die gegenwärtige Regulierungspraxis in der EU nicht den von der Europäischen Kommission in ihrer „Digitalen Agenda“ selbst gesetzten Ausbau- und Versorgungszielen entgegensteht. In weitest gehender Übereinstimmung mit bisheriger empirischer Evidenz zeigen die Ergebnisse, dass deregulatorische Maßnahmen angebracht wären.

Die Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: <http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/dp/dp14085.pdf>

Dr. Wolfgang Briglauer, briglauer@zew.de

INHALT

Mindestlohn senkt Bildungsrenditen im ostdeutschen Handwerk	1
Regulierung hemmt Ausbau von Glasfasernetzen in Europa	3
Quellenbesteuerung als Instrument gegen Steuervermeidung multinationaler Konzerne	4
Alumni aus Akademikerfamilien sind im Beruf seltener überqualifiziert	5
Kultur- und Kreativwirtschaft im Aufwind	6

Schwerpunkt Innovationen	7
Innovationen – Motor der Energiewende	11
Automatische Stabilisatoren federn Krisen im Euroraum eher ab als in den USA	12
Nachgefragt: Lohnt sich Fracking für Deutschland?	13
ZEW intern	14
Daten und Fakten	15
Standpunkt	16

Quellenbesteuerung als Instrument gegen Steuervermeidung multinationaler Konzerne

Angestoßen durch Medienberichte, hat sich die Bekämpfung aggressiver Steuerplanung zu dem Top-Thema der internationalen Steuerpolitik entwickelt. Derzeit stehen auch einzelne Länder in der Kritik, die mit Sonderregimen beziehungsweise aus Sicht der Konzerne sehr vorteilhaften Vorbescheiden bestimmte Steuerplanungsmöglichkeiten erst eröffnet haben – und somit das geltende Recht aushöhlen. Eine aktuelle ZEW-Studie dazu hat untersucht, wie sich die Ausweitung der Besteuerung von Zinsen und Lizenzgebühren an der Quelle auswirkt.

In ihrem 2013 erschienenen Aktionsplan gegen „Base Erosion and Profit Shifting“ (BEPS) hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) 15 Punkte zur Bekämpfung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung durch multinationale Konzerne definiert. Davon ausgehend analysiert die ZEW-Studie, wie mögliche Reformen zur Bekämpfung von BEPS ausgestaltet und wie speziell mit Zinsen und Lizenzgebühren verfahren werden könnte. Die Untersuchung geht dabei über die bislang von der OECD und der EU-Kommission diskutierten Reformoptionen hinaus, indem weitere Alternativen zur Stärkung der Quellensteuer bei gleichzeitiger Vermeidung von Doppelbesteuerung in den Fokus gerückt werden. In den vergangenen zwei Jahrzehnten haben die meisten Länder auf

unilateraler Ebene Zinsabzugsbeschränkungen eingeführt. Da diese Beschränkungen überwiegend nicht mit der Behandlung korrespondierender Zinseinnahmen abgestimmt sind, können sie Doppelbesteuerung hervorrufen. Sehr viel weniger Beachtung wurde steuerpolitisch bislang der Abzugsfähigkeit von Lizenzaufwendungen geschenkt. Im Gegenteil: In jüngster Zeit haben viele Länder Sonderregime eingeführt, die Lizenzeinkünfte günstiger besteuern. In Kombination mit der Abzugsfähigkeit von Lizenzzahlungen kann es somit vielfach zu doppelter Nichtbesteuerung kommen.

Die ZEW-Studie spielt daher Möglichkeiten durch, die eine einmalige Besteuerung von Lizenzen an der Quelle sicherstellen können. Dabei werden vier Optionen betrachtet: Bilaterale Beschränkung der Abzugsfähigkeit von Lizenzzahlungen, ein umgekehrtes Anrechnungsverfahren („inverted tax credit“), eine einheitliche, anrechenbare Quellensteuer auf alle Lizenzzahlungen beziehungsweise Quellensteuern auf Lizenzzahlungen als Antimissbrauchsvorschrift.

Reformoptionen bewirken Umverteilung des Steueraufkommens

Nach Ansicht der Wissenschaftler müssten die bereits bestehenden Zinsabzugsbeschränkungen bilateral ausgestaltet werden, sodass nicht abzugsfähige Zinsen auf Ebene des Empfängers nicht erneut besteuert werden. Eine Möglichkeit dabei wäre Freistellung oder Anrechnung. Gleichzeitig müsste es laut Analyse einen Konsens darüber geben, ab welchem Niveau es sich um eine übermäßige Fremdfinanzierung oder Zinsaufwendungen handelt, ab der ein Abzug unzulässig ist.

Auf Basis der OECD-Daten für länderspezifische Lizenzströme haben die Forscher Aufkommenswirkungen simuliert. Die Resultate zeigen, dass die Einführung einer anrechenbaren Quellensteuer in Höhe von zehn Prozent zu einer starken Umverteilung des Aufkommens insbesondere auf Kosten der USA führen würde. Neben den Nettolizenzströmen spielt die Höhe der im gegenwärtigen Recht erhobenen bilateralen Quellensteuern für die länderspezifischen Effekte eine Rolle. Mit Blick auf den „inverted tax credit“ zeigt die Studie, dass durch diese Variante das Einkommen in Hochsteuerländern steigen würde. Eine Umverteilung des Aufkommens ist dabei zu beobachten, wenn das umgekehrte Anrechnungsverfahren die bestehenden Quellensteuern ersetzt. Die Forscher halten fest, dass die untersuchten Regelungen in unterschiedlichem Maße und je nach Ausgestaltung Verhaltensreaktionen der Unternehmen – zum Beispiel mit Blick auf die Investitionstätigkeit – erwarten lassen.

Die Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: <http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/dp/dp14073.pdf>

Prof. Dr. Katharina Finke (Juniorprofessorin), finke@zew.de

SIMULIERTES QUELLENSTEUERAUFKOMMEN DER DISKUTIERTEN REFORMALTERNATIVEN (IN MIO. US-DOLLAR)

2012	„QST Status quo“	„QST 10% OECD + EU“	Veränderung	ITC + QST	ITC statt QST
Millionen USD	QST-Einnahmen – QST-Anrechnung	QST-Einnahmen – QST-Anrechnung	Δ Status quo	Δ Status quo	Δ Status quo
AT	-7	86	93	47	50
CZ	17	61	44	18	-1
DE	-284	-125	159	931	1.025
DK	-66	-33	32	80	116
FR	-137	-238	-100	239	275
IL	-27	-49	-21	16	39
IT	-145	176	321	796	771
JP	-1.202	-1.377	-176	1.326	1.127
SK	3	13	10	2	-1
SW	-63	-392	-329	131	152
US	-4.520	-8.444	-3.924	4.005	5.159

Die Tabelle zeigt auf Basis von OECD-Daten zu bilateralen Lizenzströmen die simulierte Nettoaufkommenswirkung aus Quellensteuern auf Lizenzgebühren (Spalten drei und vier) beziehungsweise eines „inverted tax credits“ zusätzlich zu gegebenenfalls bestehenden Quellensteuern (Spalte fünf) oder als Ersatz bestehender Quellensteuern (Spalte sechs). Als Referenzgröße (Spalte zwei) wird jeweils das Nettoaufkommen im Status quo – unter Berücksichtigung der gegenwärtig geltenden Quellensteuersätze – verwendet. Den Berechnungen liegt die Annahme zugrunde, dass alle Lizenzströme konzernintern erfolgen und alle Lizenzeinnahmen für eventuell bestehende Sonderregime qualifizieren. Quelle: Eigene Berechnungen des ZEW

Alumni aus Akademikerfamilien sind im Beruf seltener überqualifiziert

Ein substantieller Anteil an Hochschulabsolventen in Deutschland arbeitet in Berufen, die keinen Hochschulabschluss erfordern. Eine mögliche Folge dieser formalen Überqualifikation ist, dass gut ausgebildete Arbeitnehmer nicht das volle Potenzial ihrer Fähigkeiten ausschöpfen und deshalb Lohneinbußen hinnehmen müssen. Eine aktuelle Studie des ZEW untersucht, inwieweit der familiäre Hintergrund von Hochschulabsolventen die Wahrscheinlichkeit beeinflusst, überqualifiziert beschäftigt zu sein.

Ein Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und der Überqualifikation von Hochschulabsolventen könnte mit Blick auf die Durchlässigkeit einer Gesellschaft eine wichtige Rolle spielen. Eine Gesellschaft wird als durchlässig bezeichnet, wenn Individuen gute Chancen haben, eine höhere soziale Schicht als ihre Eltern zu erreichen. Eine verbreitete politische Maßnahme zur Steigerung der sozialen Mobilität besteht in Deutschland und anderen Ländern darin, den Zugang zur tertiären Bildung zu erleichtern – unabhängig von der sozialen Herkunft.

Die ZEW-Studie konzentriert sich daher auf die Frage, ob Hochschulabsolventen aus Nicht-Akademikerhaushalten aufgrund eines erhöhten Risikos der Überqualifikation nicht in gleicher Weise am Arbeitsmarkt teilnehmen wie Absolventen, deren Eltern Akademiker sind. Der familiäre Hintergrund könnte insbesondere deshalb eine Rolle spielen, weil dadurch relevante Fähigkeiten vermittelt sowie die finanziellen Möglichkeiten und sozialen Netzwerke für die Jobsuche beeinflusst werden. Zudem deuten soziologische Studien darauf hin, dass der familiäre Hintergrund eine entscheidende Rolle bei der Studienfachwahl spielt, was die späteren Arbeitsmarktchancen beeinflusst.

Fächerwahl unterscheidet sich nach Elternhaus

Als Datengrundlage für die Studie dient eine Befragung von Hochschulabsolventen der Abschlusskohorte 1997, die vom Hochschul-Informationssystem durchgeführt wurde. Die Ergebnisse der Analyse deuten darauf hin, dass Hochschulabsolventen, die in einem Akademikerhaushalt aufwuchsen, seltener überqualifiziert beschäftigt sind als Bildungsaufsteiger – also Absolventen, deren Eltern nicht über einen Hochschulabschluss verfügen. Ein wichtiger Wirkungsmechanismus für das erhöhte Risiko einer Überqualifikation besteht darin, dass sich die Studienfachwahl in Abhängigkeit des familiären Hintergrundes deutlich unterscheidet.

Die beobachteten Akademikerkinder studierten häufiger an Universitäten anstatt an Fachhochschulen und wählten häufiger Fächer, die ein geringes Risiko der Überqualifikation aufweisen, wie beispielsweise Medizin und Jura. Unabhängig vom familiären Hintergrund sind Absolventen in der Fächergruppe Mathematik, Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften und



Absolventen von Fachhochschulen arbeiten häufiger in Berufen, die kein Studium erfordern, als ihre Kommilitonen von Universitäten. Neben der Studienfachwahl beeinflusst zudem die Examensnote das Risiko einer Überqualifikation.

Technik (MINT) gleich stark vertreten, wobei Kinder aus Nicht-Akademikerhaushalten das Studium häufiger an einer Fachhochschule absolvieren. Diese Tendenz zum Fachhochschulstudium wirkt sich ebenfalls auf die erhöhte Überqualifikationsrate von Bildungsaufsteigern aus. Das Risiko der Überqualifikation ist für Absolventen einer Fachhochschule höher als für Universitätsabsolventen, was ebenso für MINT-Fächer wie auch für den Bereich Wirtschaftswissenschaften gilt.

Ein weiterer Mechanismus für den Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und einer möglichen Überqualifikation ergibt sich aus den Unterschieden in der individuellen Studienleistung. Die Analyse verdeutlicht, dass gute Examensnoten mit einem geringeren Risiko der Überqualifikation einhergehen und Absolventen aus Akademikerhaushalten ihr Studium durchschnittlich mit besseren Noten abschließen.

Der Unterschied in der Überqualifikationsrate kann in der Studie nicht vollständig erklärt werden. Der verbleibende Effekt des familiären Hintergrundes könnte sich sowohl aufgrund von unbeobachtbaren Unterschieden in den individuellen Eigenschaften der Absolventen oder aber einer Diskriminierung im Arbeitsmarkt ergeben. Die Ergebnisse deuten allerdings nicht darauf hin, dass die in der Studie betrachteten Eigenschaften, wie die Examensnote, von Arbeitgebern aufgrund der sozialen Herkunft der Absolventen unterschiedlich bewertet werden.

Die Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: <http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/dp/dp14130.pdf>

Kultur- und Kreativwirtschaft im Aufwind

Die Kultur- und Kreativwirtschaft in Deutschland ist im Jahr 2013 weiter gewachsen. Sowohl der Umsatz als auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind erneut gestiegen. Zu diesem Ergebnis kommt der Monitoringbericht Kultur- und Kreativwirtschaft, den das ZEW im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) angefertigt hat.

Der Monitoringbericht Kultur- und Kreativwirtschaft erfasst Unternehmen und Selbstständige, die überwiegend erwerbswirtschaftlich orientiert sind und sich mit der Schaffung, Produktion, Verteilung oder medialen Verbreitung von kulturellen sowie kreativen Gütern und Dienstleistungen befassen. Als Kernbranchen der Kulturwirtschaft gelten die Teilmärkte Musikwirtschaft, Buchmarkt, Kunstmarkt, Filmwirtschaft, Rundfunkwirtschaft, darstellende Künste, Designwirtschaft, Architekturmarkt und Pressemarkt. Der Werbemarkt und die Software- und Games-Industrie stellen die Kreativbranchen dar.

Unternehmen erzielen 145 Milliarden Euro Umsatz

Im Jahr 2013 waren in der deutschen Kultur- und Kreativwirtschaft rund 249.000 Unternehmen tätig, die zusammen ein Umsatzvolumen von 145 Milliarden Euro erwirtschafteten. Dies entspricht einem Anteil von 7,56 Prozent aller Unternehmen und einem Anteil von 2,36 Prozent am gesamtwirtschaftlichen Umsatzvolumen. Die Kultur- und Kreativwirtschaft trug im Jahr 2013 mit 65,3 Milliarden Euro rund 2,32 Prozent zur gesamtdeutschen Bruttowertschöpfung bei. Die Eckdaten der Kultur- und Kreativwirtschaft haben sich somit im Jahr 2013 gegenüber dem Vorjahr erneut verbessert und ihre positive Entwicklung setzt sich fort. Insgesamt stieg die Anzahl der Unternehmen um 1,18 Prozent verglichen mit dem Jahr 2012, die Umsätze stiegen um 1,36 Prozent und die Bruttowertschöpfung um 2,55 Prozent.

Rund 791.000, und damit 2,67 Prozent aller in Deutschland sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, sowie 249.000 Selbstständige waren 2013 in der Kultur- und Kreativwirtschaft tätig. Die Kernerwerbstätigkeit in diesem Bereich lag somit bei 1.039.000 Personen. Berücksichtigt man geringfügig Beschäftigte und geringfügig Tätige, lag die Gesamterwerbstätigenzahl bei knapp 1,6 Millionen. Die negative Entwicklung der Anzahl geringfügig Erwerbstätiger bei gleichzeitigem Anstieg der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zeigt, dass mehr Arbeitnehmer in reguläre Beschäftigungsverhältnisse wechselten.

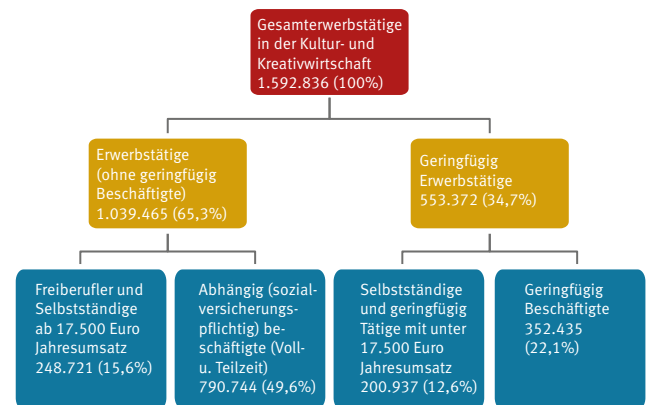
Kooperation als wichtiger Faktor für Erfolg

Der aktuelle Bericht befasst sich mit „Kooperationen, Networking, Partnering“, und zeigt, dass 84 Prozent der Kultur- und Kreativunternehmen Kooperationen mit anderen Unternehmen, Verbänden oder öffentlichen Einrichtungen eingehen. Kooperationspartner werden von 48 Prozent der Befragten als wichtiger Faktor für den Unternehmenserfolg angesehen. Weitere 25 Pro-

zent der Unternehmen schätzen Kooperationen als notwendig und 23 Prozent als absolut notwendig für den Erfolg ein. Dieser Meinung sind vor allem Betriebe mit bis zu vier Beschäftigten und Firmen mit mindestens 100 Beschäftigten.

47 Prozent der Kultur- und Kreativunternehmen gehen Kooperationen mit Unternehmen aus Branchen außerhalb der Kultur- und Kreativwirtschaft ein. Dennoch werden brancheninterne Kooperationen mit Partnern aus dem eigenen Teilmarkt (88 Prozent) oder mit anderen Kultur- oder Kreativunternehmen (76

STRUKTUR DER ERWERBSTÄTIGEN IN DER KULTUR- UND KREATIVWIRTSCHAFT 2013*



Anmerkung: *Werte teilweise geschätzt.
Quelle: Destatis 2014; Bundesagentur für Arbeit 2014; eigene Berechnungen des ZEW.

zent) häufiger praktiziert. Die Kooperationspartner befinden sich überwiegend im regionalen oder überregionalen Umfeld, internationale Kooperationen sind seltener.

Durch Kooperationen steigern Unternehmen vor allem den eigenen Bekanntheitsgrad und erschließen neue Zielgruppen. Etwa drei Viertel der Befragten konnten ihre Flexibilität steigern, wohingegen die Einsparung von Kosten oder eine bessere finanzielle Unterstützung deutlich seltener umgesetzt werden konnte. Mehr als die Hälfte der Unternehmen sehen sich durch den zeitlichen und organisatorischen Aufwand beim Aufbau von Kooperationen gehemmt. Schwierigkeiten bei der Suche nach geeigneten Partnern hindern knapp 40 Prozent der Kultur- und Kreativunternehmen, Kooperationen aufzubauen. Deshalb sollten wirtschaftspolitische Maßnahmen in der Kultur- und Kreativwirtschaft darauf abzielen, kleine Betriebe und Selbstständige bei der Suche nach Kooperationspartnern zu unterstützen und 'Best Practices', also Erfolgsmodelle für den erfolgreichen Aufbau von Kooperationen, zur Verfügung zu stellen.

Der aktuelle Monitoringbericht findet sich zum Download unter: www.kultur-kreativ-wirtschaft.de



Schwerpunkt INNOVATIONEN

Immer weniger Unternehmen treiben Innovationen „Made in Germany“ voran

Die schon seit vielen Jahren beobachtbaren Trends im Innovationsverhalten der deutschen Wirtschaft setzten sich im Jahr 2013 fort – und werden sich auch 2014 und 2015 voraussichtlich nicht umkehren. Zu diesem Ergebnis kommt die aktuelle Innovationserhebung des ZEW. Demnach steigen die Innovationsausgaben dank hoher Investitionen der Großunternehmen sowie einiger besonders innovationsintensiver Branchen (Fahrzeugbau, EDV/Telekommunikation, Elektroindustrie, Chemie- und Pharmaindustrie) weiter an. 2013 nahmen sie um 5,3 Prozent auf 144,6 Milliarden Euro zu. Den höheren Innovationsausgaben stehen allerdings stagnierende Erträge aus neuen Produkten und Prozessen gegenüber. Somit wird die Finanzierung von künftigen Innovationsaktivitäten aus den Erträgen früherer Innovationen zunehmend schwieriger. Auch die Umsätze mit neuen Produkten nahmen 2013 kaum zu. Ihr Anteil am Gesamtumsatz betrug 12,9 Prozent. Die mit Prozessinnovationen erzielten Kostensenkungen waren rückläufig.

In der Gruppe der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) ziehen sich immer mehr Unternehmen aus dem Innovationsge-

schäft zurück. Die Innovatorenquote sank 2013 im dritten Jahr in Folge und liegt nun bei 37,1 Prozent. Für 2014 und 2015 ist mit einem weiteren Rückgang zu rechnen. Gleichzeitig stieg 2013 die Anzahl der kontinuierlich forschenden Unternehmen leicht an, ihr Anteil erhöhte sich von 11,3 auf 11,8 Prozent.

Diese Trends bedeuten, dass sich die Innovationsaktivitäten der deutschen Wirtschaft immer mehr auf wenige Branchen, auf große Unternehmen und innerhalb der KMU auf eine relativ kleine Gruppe innovationsstarker Unternehmen konzentrieren. Dies festigt laut Innovationserhebung die bestehenden Stärken der deutschen Wirtschaft. Kurzfristig verbessert sich so die Wettbewerbsfähigkeit. Langfristig besteht den Forschern zufolge allerdings die Gefahr, dass der Nachwuchs an innovativen Unternehmen ausbleibt und neue Innovationsthemen und Technologien nicht besetzt werden.

Innovatorenquote liegt weit unter Vorkrisenniveau

Der Anteil der Unternehmen, die Produkt- oder Prozessinnovationen eingeführt haben („Innovatorenquote“), ging 2013 auf 37,1 Prozent zurück. Im Vergleich zum Vorkrisenniveau im Jahr 2008, als die Quote bei 47 Prozent lag, nahm die Anzahl der Innovatoren um 20 Prozent ab. Insgesamt gab es 2013 in den in der Innovationserhebung betrachteten Wirtschaftszweigen rund 103.000 Innovatoren.

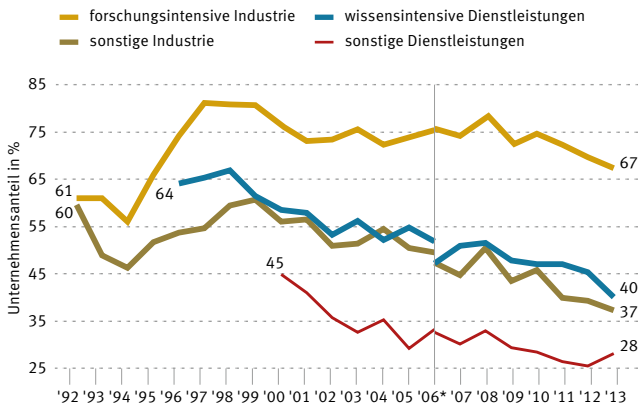
Die Chemie- und Pharmaindustrie wies 2013 mit 76 Prozent die höchste Innovatorenquote auf, gefolgt von der EDV/Telekommunikation und der Elektroindustrie (jeweils 70 Prozent) sowie dem Fahrzeugbau (68 Prozent). Die Wasserversorgung und Entsorgung, das Transportgewerbe und der Großhandel hatten Innovatorenquoten von unter 30 Prozent.

Der Anteil der Unternehmen, die im Zeitraum von 2011 bis 2013 bei Innovationen aktiv waren, ist höher als die Innovatorenquote, da zahlreiche Unternehmen entweder in Angriff genommene Projekte bis Ende 2013 noch nicht abgeschlossen

Die ZEW Innovationserhebung Deutschland

Das ZEW erhebt seit 1993 jährlich die Innovationsaktivitäten der Unternehmen in Deutschland. Die Innovationserhebung wird im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und in Zusammenarbeit mit dem Institut für angewandte Sozialwissenschaft (infas) sowie dem Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) durchgeführt. Die Erhebung ist Teil der europaweiten Innovationserhebung der Europäischen Kommission (Community Innovation Survey). Im Jahr 2014 fand die 22. Erhebungswelle statt. Sie erfasste die Innovationsaktivitäten im Jahr 2013 mit einem Ausblick auf 2014 und 2015.

INNOVATORENQUOTE 1992 BIS 2013



Unternehmen mit Produkt- oder Prozessinnovationen in Prozent aller Unternehmen ab fünf Beschäftigten. Werte für 2013 vorläufig. 2006 Bruch in der Zeitreihe.

oder zwischenzeitlich eingestellt hatten. Im Jahr 2013 betraf dies 10,6 Prozent aller Unternehmen. Wird dieser Anteil zur Innovatorenquote hinzugezählt, so waren 2013 fast 48 Prozent der Unternehmen in Deutschland „innovationsaktiv“. Sehr hohe Anteile von innovationsaktiven Unternehmen ohne Produkt- oder Prozessinnovationen von rund 15 Prozent weisen die technischen Dienstleistungen sowie Dienstleistungen in Forschung und Entwicklung (FuE), die Metallerzeugung und -bearbeitung sowie die Holz- und Papierindustrie auf.

Innovationsbeteiligung geht weiter zurück

Die für die Jahre 2014 und 2015 geplanten Innovationsaktivitäten der Unternehmen lassen keine Erhöhung der Innovationsbeteiligung erwarten. Für 2014 planten zum Befragungszeitpunkt (Frühjahr 2014) 34,5 Prozent, finanzielle Mittel für die Entwicklung oder Einführung von Produkt- oder Prozessinnovationsaktivitäten bereitzustellen, 4,5 Prozent waren sich hierüber noch unsicher. Unabhängig davon wieviele von diesen Unternehmen ihre Innovationsaktivitäten noch durchführen, setzt sich der Rückgang der Innovationsbeteiligung fort.

Für 2015 rechneten nur 31 Prozent fest mit Innovationsausgaben, 8,5 Prozent waren sich noch unsicher. Zwischen den vier Hauptsektoren gibt es kaum Unterschiede. In der forschungsintensiven Industrie und in den wissensintensiven Dienstleistungen sind die Planungen etwas positiver, während in der sonstigen Industrie und in den sonstigen Dienstleistungen für 2014 ein Rückgang der Innovationsbeteiligung schon fest steht.

Da die Planungen der Unternehmen im Frühjahr 2014 noch von relativ günstigen konjunkturellen Aussichten geleitet waren, die sich ab Mitte 2014 merklich verschlechterten, ist es für 2015 wahrscheinlich, dass viele der noch unsicheren Unternehmen von Innovationsaktivitäten absehen werden.

Die Innovationsausgaben der deutschen Wirtschaft nahmen 2013 mit 5,3 Prozent kräftig zu und erreichten 144,6 Milliarden Euro. Damit war der Zuwachs höher als im Vorjahr (plus fünf Prozent). Den größten Anstieg verzeichnete die sonstige Industrie

(plus sieben Prozent). Die forschungsintensive Industrie und die wissensintensiven Dienstleistungen erhöhten ihre Innovationsbudgets um 5,1 beziehungsweise 5,8 Prozent und damit in etwa mit der gesamtwirtschaftlichen Rate. In den sonstigen Dienstleistungen war die Ausgabenentwicklung mit plus 2,2 Prozent eher verhalten. Innovationsausgaben beziehen sich auf Ausgaben für laufende, abgeschlossene und abgebrochene Innovationsprojekte und umfassen unter anderem den Erwerb von Maschinen, Anlagen, Software und externem Wissen, Aufwendungen für Konstruktion, Design, Produktgestaltung, Konzeption, Schulung und Weiterbildung, Markteinführung und andere Vorbereitungen für die Produktion und den Vertrieb von Innovationen sowie alle internen und externen Ausgaben für FuE.

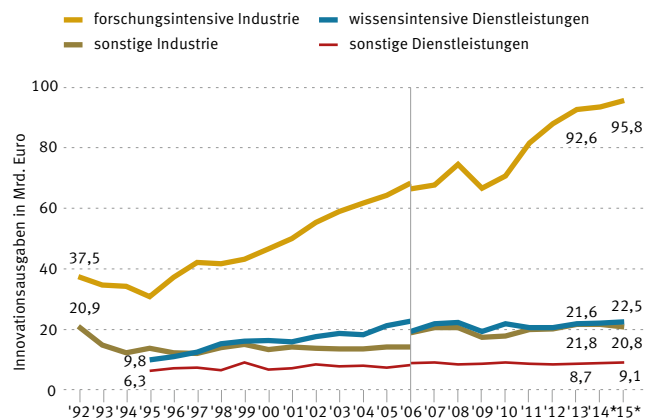
Den mit Abstand größten Beitrag zu den gesamtwirtschaftlichen Innovationsausgaben leistete 2013 wieder die forschungsintensive Industrie. Auf sie entfielen mit 92,6 Milliarden Euro fast 64 Prozent der gesamten Innovationsausgaben. Die wissensintensiven Dienstleistungen und die sonstige Industrie steuerten mit 21,8 Milliarden Euro beziehungsweise 21,6 Milliarden Euro jeweils etwa 15 Prozent bei. Die sonstigen Dienstleistungen gaben 2013 rund 8,7 Milliarden Euro für Innovationen aus, was einem Anteil von gut sechs Prozent entspricht.

Die Innovationsausgaben des Jahres 2013 lagen etwas über dem Planwert aus dem Vorjahr. Vor allem die Industrieunternehmen haben ihre Innovationsbudgets in 2013 kräftiger ausgeweitet als ursprünglich geplant, während die Dienstleistungssektoren die Planzahlen im Wesentlichen umgesetzt haben.

Verhaltenes Wachstum bei Innovationsausgaben

Für das Jahr 2014 planten die Unternehmen im Frühjahr mit einem geringen Anstieg der Innovationsausgaben. Für die gesamte deutsche Wirtschaft ergibt sich ein Plus von 1,1 Prozent auf 146,1 Milliarden Euro. Etwas höheren Zuwächsen in den Dienstleistungsbranchen (wissensintensive: plus ein Prozent, sonstige: plus 1,4 Prozent) steht ein unterdurchschnittliches Wachstum in der sonstigen Industrie (0,6 Prozent) gegenüber.

INNOVATIONS-AUSGABEN 1992 BIS 2015



Nominelle Werte; 2006 Bruch in der Zeitreihe, Werte für 2013 vorläufig. *Angaben für 2014 und 2015 beruhen auf Planangaben und Erwartungen der Unternehmen vom Frühjahr 2014.



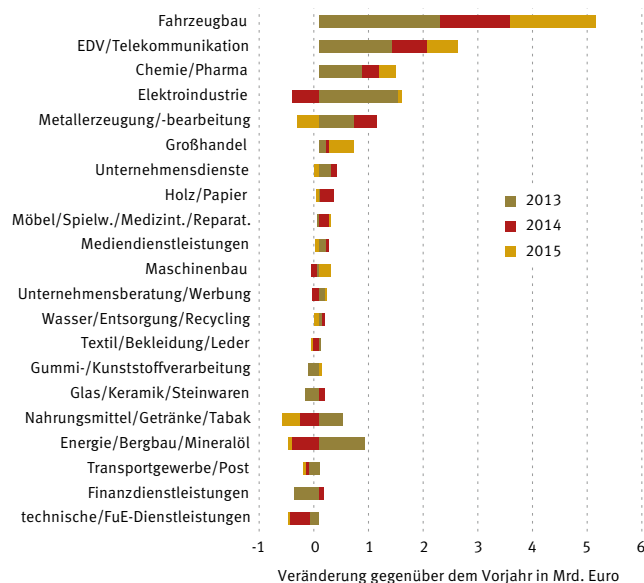
Die Zuwachsrate in 2014 wird voraussichtlich unter der Preissteigerungsrate für Innovationsgüter liegen, sodass real gerechnet die Innovationsausgaben 2014 sinken. Für 2015 zeigen die Planzahlen einen stärkeren Anstieg (1,4 Prozent im Vergleich zu 2014). In der forschungsintensiven Industrie und den Dienstleistungssektoren ist 2015 ein Wachstum von mehr als zwei Prozent geplant. In der sonstigen Industrie sollen die Innovationsausgaben zurückgefahren werden (minus vier Prozent).

Die Angaben zu Innovationsaktivitäten und -ausgaben für die Jahre 2014 und 2015 basieren auf Planangaben und Erwartungen der Unternehmen zum Befragungszeitpunkt (Februar bis Juli 2014). Diese sind stark von den verfügbaren Informationen über die wirtschaftliche Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte 2014 und im Jahr 2015 beeinflusst. Im Frühjahr ging man noch von einem stärkeren Wirtschaftswachstum für 2014 und 2015 aus. Die positive Einschätzung der konjunkturellen Aussichten wurde im Laufe des Jahres sukzessive nach unten revidiert.

Automobilbau treibt Innovationsausgaben nach oben

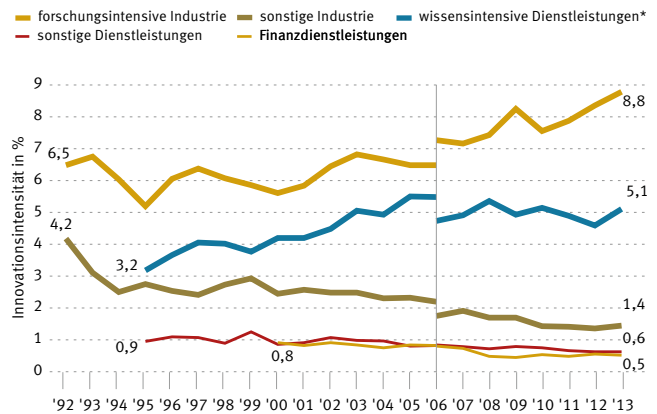
Verglichen mit dem Jahr 2012 sollen die Innovationsausgaben der deutschen Wirtschaft bis 2015 um insgesamt 10,8 Milliarden Euro steigen. Der größte Teil dieses Zuwachses (7,3 Milliarden Euro) entfällt auf das Jahr 2013, für 2014 ist ein Anstieg von 1,5 Milliarden Euro und für 2015 von zwei Milliarden Euro vorgesehen. Fast die Hälfte des gesamten Zuwachses geht auf das Konto des Fahrzeugbaus (5,1 Milliarden Euro), wobei der Automobilbau alleine 5,5 Milliarden Euro beiträgt, während die anderen Teilbranchen (Flugzeug-, Bahn-, Schiff- und Zweiradbau) sich rückläufig entwickeln. Weitere Träger des Ausgaben-

ABSOLUTE VERÄNDERUNG DER INNOVATIONS-AUSGABEN 2013 BIS 2015



Werte für 2013 vorläufig. Angaben für 2014 und 2015 beruhen auf Planangaben und Erwartungen der Unternehmen vom Frühjahr 2014.

INNOVATIONSINTENSITÄT 1992 BIS 2013



Innovationsausgaben in Prozent des Umsatzes aller Unternehmen ab fünf Beschäftigten. 2006 Bruch in der Zeitreihe; Werte für 2013 vorläufig; *ohne Finanzdienstleistungen.

wachstums sind die EDV und Telekommunikation (2,6 Milliarden Euro), die Chemie- und Pharmaindustrie (1,4 Milliarden Euro) und die Elektroindustrie (1,1 Milliarden Euro). Kein Ausgabenzuwachs bis 2015 ist im Maschinenbau geplant. Rückläufige Innovationsausgaben planen bis 2015 die technischen und FuE-Dienstleistungen, das Transportgewerbe und die Postdienste, die Nahrungsmittel-, Getränke- und Tabakindustrie sowie die Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie. In den Finanzdienstleistungen ist nach einem deutlichen Rückgang in 2013 in den Folgejahren wieder ein leichter Zuwachs vorgesehen.

Innovationsintensität deutlich gestiegen

Der Anteil der Innovationsausgaben am Umsatz – die sogenannte Innovationsintensität – nahm 2013 von 2,65 Prozent auf 2,79 Prozent merklich zu. Damit wurde der bisherige Höchstwert aus dem Jahr 2006 (2,8 Prozent) annähernd erreicht. Den höheren Innovationsausgaben standen insgesamt kaum gestiegene Umsätze gegenüber. Die forschungsintensive Industrie erhöhte ihre Innovationsintensität von 8,4 Prozent auf einen neuen Spitzenwert von 8,8 Prozent. In den wissensintensiven Dienstleistungen (ohne Finanzdienstleistungen) stieg der Indikator von 4,6 Prozent auf 5,1 Prozent. In der sonstigen Industrie und in den sonstigen Dienstleistungen sowie in den Finanzdienstleistungen gab es nur leichte Änderungen.

Der Fahrzeugbau ist nicht nur die Branche mit den absolut höchsten Innovationsausgaben (2013: 46,7 Milliarden Euro), sondern auch mit der höchsten Innovationsintensität (10,7 Prozent). Knapp dahinter folgt die Elektroindustrie (zehn Prozent). Die EDV/Telekommunikation sowie die Chemie- und Pharmaindustrie reinvestierten 7,6 Prozent beziehungsweise 7,3 Prozent des Branchenumsatzes in Innovationsprojekte im Jahr 2013. Die technischen und FuE-Dienstleistungen sowie der Maschinenbau zählen mit 6,1 Prozent beziehungsweise 5,7 Prozent ebenfalls zu den besonders innovationsintensiven Branchen. In den weiteren Wirtschaftszweigen lagen die Innovationsausgaben dagegen bei weniger als einem Prozent des Umsatzes.

Im Jahr 2013 betrieben in Deutschland etwa 32.800 Unternehmen kontinuierlich FuE. Dies sind 11,8 Prozent aller Unternehmen mit fünf oder mehr Beschäftigten in den betrachteten Sektoren. Im Vergleich zum Vorjahr hat die Zahl kontinuierlich forschender Unternehmen um fünf Prozent zugenommen und damit fast wieder Vorkrisenniveau erreicht (2008: 33.300 Unternehmen). Den höchsten Anteil weist die forschungsintensive Industrie auf, hier betrieben 46 Prozent der Unternehmen kontinuierlich FuE im Jahr 2013. In der sonstigen Industrie und in den wissensintensiven Dienstleistungen blieben die Anteile mit zehn Prozent beziehungsweise 16 Prozent verglichen mit dem Vorjahr unverändert. Die sonstigen Dienstleistungen weisen mit knapp drei Prozent die niedrigste Quote auf. Der Anteil der kontinuierlich forschenden Unternehmen nimmt mit der Unternehmensgröße zu. Dadurch ist der Anteil der Beschäftigten in kontinuierlich forschenden Unternehmen mit 44 Prozent deutlich höher, als der auf die Unternehmenszahl bezogene Anteil. Im Jahr 2013 befanden sich in der forschungsintensiven Industrie 83 Prozent aller Arbeitsplätze in Unternehmen mit kontinuierlicher FuE. In der sonstigen Industrie waren es 41 beziehungsweise 43 Prozent, in den sonstigen Dienstleistungen 19 Prozent.

Zusätzlich zu den kontinuierlich forschenden Unternehmen befasst sich ein Teil der Unternehmen anlassbezogen mit FuE („gelegentliche FuE“). 2013 waren das rund 20.500 Unternehmen, was einem Anteil von 7,5 Prozent entspricht. In der forschungsintensiven Industrie betrieben im Jahr 2013 14 Prozent der Unternehmen gelegentlich FuE, in der sonstigen Industrie und in den wissensintensiven Dienstleistungen jeweils neun Prozent und in den sonstigen Dienstleistungen vier Prozent.

In der Chemie- und Pharmaindustrie waren 2013 mehr als drei Viertel der Unternehmen mit FuE befasst, 60 Prozent betrieben FuE kontinuierlich. In der Elektroindustrie und im Maschinenbau forschten 61 Prozent beziehungsweise 58 Prozent der Unternehmen, wobei 48 Prozent beziehungsweise 43 Prozent auf kontinuierlicher Basis forschten. Eine hohe FuE-Beteiligung zeigen außerdem die EDV/Telekommunikation (51 Prozent, davon 38 Prozent kontinuierlich) und der Fahrzeugbau (43 Prozent, davon 33 Prozent kontinuierlich). Sehr niedrig ist der Anteil der FuE betreibenden Unternehmen mit jeweils weniger als zehn Prozent in den Unternehmensdiensten, der Entsorgungs- und Wasserwirtschaft, dem Großhandel und dem Transportgewerbe.

670 Milliarden Euro Umsatz mit neuen Produkten

Die deutsche Wirtschaft erzielte im Jahr 2013 mit Produktinnovationen einen Umsatz von knapp 670 Milliarden Euro. Dies entspricht 12,7 Prozent des gesamten Umsatzes in den betrachteten Sektoren. Die Neuproduktumsätze stiegen im gleichen Tempo wie die Umsatzerlöse, sodass die Neuproduktquote stabil blieb. Leichten Zuwächsen in der forschungsintensiven Industrie (auf 35 Prozent) und in den wissensintensiven Dienstleistungen (auf zehn Prozent) stand ein rückläufiger Anteil in den sonstigen Dienstleistungen (auf vier Prozent) und eine unveränderte Quote in der sonstigen Industrie (sieben Prozent) gegenüber.

Die Umsätze, die mit Markt- und Sortimentsneuheiten erzielt wurden, waren 2013 rückläufig. Der Umsatz mit Marktneuheiten fiel im Vergleich zu 2012 um über acht Prozent auf rund 136 Milliarden Euro, was einem Anteil von 2,6 Prozent am Gesamtumsatz entspricht. Mit Sortimentsneuheiten wurden 2013 rund 115 Milliarden Euro erwirtschaftet (minus drei Prozent), ein Umsatzanteil von 2,2 Prozent. Positiv entwickelten sich die Umsätze mit Nachahmerinnovationen (plus vier Prozent).

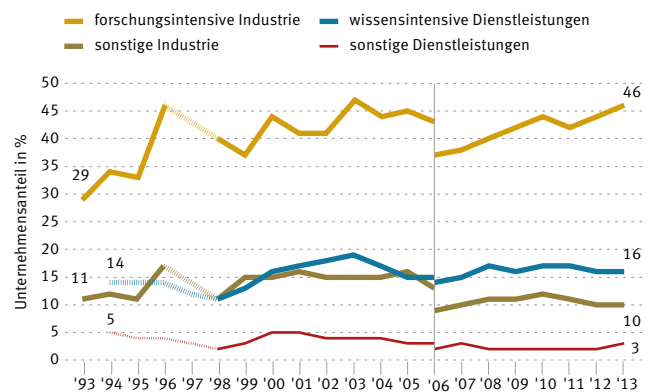
Die forschungsintensive Industrie erzielte 2013 mit Marktneuheiten einen Umsatzanteil von 7,1 Prozent. Dies ist der niedrigste Wert seit Mitte der 1990er Jahre. In der sonstigen Industrie trugen Marktneuheiten unverändert nur 1,4 Prozent zum Gesamtumsatz bei. In den wissensintensiven Dienstleistungen (ohne Finanzdienstleistungen) ist ein leichter Anstieg auf 3,3 Prozent zu verzeichnen. Die Finanzdienstleistungen erzielten mit Marktneuheiten 2,4 Prozent ihrer Gesamteinnahmen. In den sonstigen Dienstleistungen erreichte die Quote mit 0,5 Prozent einen neuen Tiefstand.

Auch im Jahr 2013 erreichte der Fahrzeugbau den mit Abstand höchsten Umsatzanteil von Produktinnovationen (51 Prozent). Dahinter folgen die Elektroindustrie mit 32 Prozent, der Maschinenbau mit 24 Prozent und die EDV/Telekommunikation mit 23 Prozent. Im Vorjahresvergleich haben sich die Anteilswerte nur wenig verändert. Dies gilt auch für die Chemie- und Pharmaindustrie, die aufgrund der langen Produktzyklen traditionell einen niedrigeren Wert als die anderen forschungsintensiven Branchen aufweist (16 Prozent).

Der aktuelle Indikatorenbericht zur Innovationserhebung 2014 findet sich zum Download unter: http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/mip/14/mip_2014.pdf

Dr. Christian Ramer, rammer@zew.de

KONTINUIERLICH FORSCHENDE UNTERNEHMEN
1993 BIS 2013



Werte für 2013 vorläufig. Für 1997 sowie für 1995 wurden in den Dienstleistungssektoren keine Werte erhoben.

1 Die Finanzdienstleistungen werden hier gesondert betrachtet, da aufgrund des hohen Anteils dieser Branche am gesamten Umsatz der wissensintensiven Dienstleistungen sowie des unterschiedlichen Umsatzbegriffs (Bruttozins- und -provisionserträge, Bruttobeitragseinnahmen) eine Vergleichbarkeit mit anderen wissensintensiven Dienstleistungsbranchen eingeschränkt ist.

Innovationen – Motor der Energiewende

Vor allem in Europa verfolgen viele Länder ambitionierte Ziele für den Anteil der Energie, der aus regenerativen Quellen erzeugt wird. In diesem Sinne ist die Energiewende kein rein deutsches Phänomen, erfährt hierzulande aber insbesondere seit der Reaktorkatastrophe von Fukushima im März 2011 große Aufmerksamkeit seitens der Politik. Eine aktuelle ZEW-Studie untersucht Innovationen im Bereich von Energietechnologien, die dabei helfen können, die Ziele der Energiewende zu langfristig akzeptablen Kosten zu erreichen.

Ein sehr beliebter Indikator zur Messung von Innovationen sind Patente, da sie beim Patentamt für jedermann zugänglich sind. Zwar werden nicht alle Innovationen patentiert oder zum Patent angemeldet. Patentdaten ermöglichen es aber, Innovationen bestimmten Technologien zuzuordnen – etwa in Bezug auf erneuerbare Energien oder Energieeffizienz. Dass Innovationen im Bereich von Energietechnologien schon lange vor der Energiewende an Bedeutung hinzugewonnen haben, verdeutlicht die nebenstehende Grafik.

Der Anteil an Energiepatenten an allen Patenten – das heißt für sämtliche Technologien – ist im Laufe der Zeit und nicht nur in Deutschland gestiegen. Auch in anderen Technologienationen wie den USA, Japan und Südkorea spielen Energietechnologien eine zunehmend wichtigere Rolle. Ökonomen sind sich weitgehend einig darüber, dass Regulierungen und der Anstieg der Energiepreise wichtige Gründe für diese Entwicklung sind. Wenig ist hingegen über mögliche andere Ursachen oder Gründe bekannt, warum und vor allem welche Unternehmen neue Energietechnologien entwickeln.

Nicht weniger wichtig für das Gelingen der Energiewende sind Innovationen im Bereich der effizienteren Nutzung von Energie, die den Energieverbrauch senken und die Stromnetze entlasten können. Die ZEW-Studie, die in der Fachzeitschrift Energy Policy veröffentlicht wurde, hat Innovationsaktivitäten von Unternehmen bereits weit vor dem eigentlichen Beginn der Energiewende im Jahr 2011 untersucht, um daraus Schlussfolgerungen für die aktuelle Wirtschafts- und Technologiepolitik zur Unterstützung der Energiewende ziehen zu können.

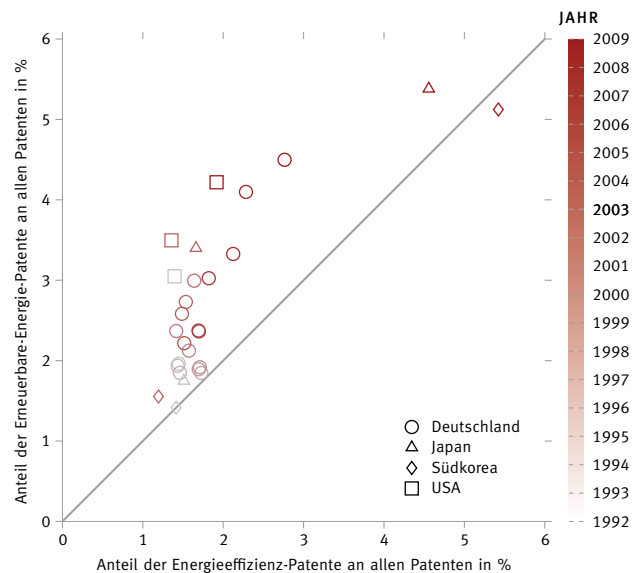
Elektronik-, IT- und Automobilunternehmen treiben energieeffiziente Technologien voran

Die Untersuchung zeigt, dass Unternehmen der Computer- und Elektronik- sowie der Automobilindustrie besonders aktiv im Bereich von Energieeffizienztechnologien sind. Ein signifikanter Anteil der Patente für erneuerbare Energietechnologien kommt dabei aus dem Forschungs- und Wissenschaftssektor, was auf einen bis dato weniger starken Anwendungsbezug dieser Technologien im Vergleich zu Energieeffizienztechnologien hindeutet.

Interessant ist auch das Ergebnis, das Innovatoren regenerativer Energietechnologien – sprich Unternehmen, die ein In-

novationsprojekt erfolgreich abgeschlossen beziehungsweise zumindest eine Innovation patentiert haben – sehr stark in diesem Bereich spezialisiert sind, das heißt deutlich stärker, als es für Innovatoren von Energieeffizienztechnologien beobachtet wurde. Als eine maßgeblich treibende Kraft für Energieeffizienzinnovationen konnte anhand der Studie die allgemeine technische Weiterentwicklung, also die Entwicklung anderer neuartiger Technologien in Unternehmen, identifiziert werden. Das Ergebnis ist den Forschern zufolge weniger überraschend: In Zeiten

INTERNATIONALE ENTWICKLUNG VON ENERGIEPATENTEN



Quelle der Daten: Europäisches Patentamt

hoher Energiepreise und Energieeffizienzstandards können Unternehmen ihren Kunden zusätzlichen Nutzen bieten, indem sie neue energiesparende Produkte präsentieren. Das Resultat erlaubt allerdings zentrale Schlussfolgerungen für die Energie- und Technologiepolitik. Die Forschungs- und Entwicklungsförderung ganz allgemein, das heißt nicht spezifisch für Energietechnologien, begünstigt auch die technische Weiterentwicklung im Bereich der Energieeffizienz. Bislang lag der Schwerpunkt politischer Maßnahmen eher auf der Förderung erneuerbarer Technologien, etwa durch das Erneuerbare-Energien Gesetz, und weniger auf Energieeffizienz. Eine breitere Forschungs- und Entwicklungsförderung kann auch der Steigerung der Energieeffizienz dienen und so die Wirtschaftlichkeit regulatorischer Maßnahmen im Zusammenhang mit der Energiewende erhöhen, schlussfolgern die Wissenschaftler.

Die Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: <http://dx.doi.org/10.1016/j.enpol.2015.02.003>

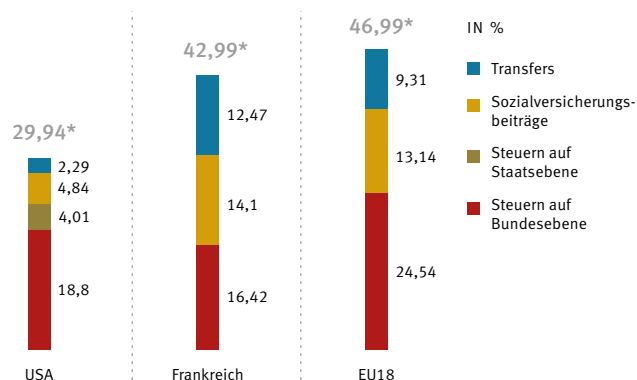
Automatische Stabilisatoren federn Krisen im Euroraum eher ab als in den USA

Staatshaushalte im Euroraum federn Konjunkturschocks wie in der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise wesentlich stärker ab als in den USA. Eine tragende Rolle spielen dabei automatische Stabilisatoren wie etwa die Arbeitslosenversicherung oder die Lohn- und Einkommenssteuer. Derartige stabilisierende Mechanismen tragen dazu bei, Wirtschaftseinbrüche in der Eurozone abzumildern – ohne dabei durch den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt ausgebremst zu werden. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle ZEW-Studie im Auftrag des Bundesfinanzministeriums.

Ist eine tiefere fiskalische Integration in Europa notwendig? Die Diskussion darüber hält unvermindert an. Beobachter betonen, dass die hohen Schuldenstände in den Euro-Ländern den Spielraum für aktive Fiskalpolitik stark einschränken und den automatischen Stabilisatoren daher eine wichtige Rolle zufällt. Dabei ist ein häufig geäußerter Kritikpunkt am Stabilitäts- und Wachstumspakt, dass er verschuldeten Mitgliedsstaaten nicht genügend Spielraum zur Konjunkturstabilisierung lässt. Die ZEW-Studie dazu zeigt nun: Die automatischen Stabilisatoren der 18 Euro-Staaten haben im Zeitraum zwischen 2007 und 2014 maßgeblich dazu beigetragen, die Konjunktur zu stützen – wobei der Euro-Stabilitätspakt die Wirkung der automatischen Stabilisatoren in den Mitgliedsländern nicht beeinträchtigt hat.

Praktisch bedeutet das: Die Rezession von 2009 hätte die Eurozone ohne automatische Stabilisatoren deutlich stärker erschüttert. Statt eines Rückgangs von 4,4 Prozent wäre das

WIRKUNG DER AUTOMATISCHEN STABILISATOREN BEI EINEM STARKEN KONJUNKTURSCHOCK



Der Stabilisierungskoeffizient* gibt an, wieviel Prozent eines Schocks von den automatischen Stabilisatoren abgefedert werden. Quelle: ZEW

Bruttoinlandsprodukt den Forschern zufolge um bis zu 5,9 Prozent geschrumpft. Zudem zeigt sich, dass die Euro-Staaten über wesentlich stärkere automatische Stabilisatoren verfügen als die USA.

Stabilisierungskluft zwischen Europa und den USA geht auf unterschiedliche Sozialsysteme zurück

Auf Basis von Mikrodaten für die Euro-18 und die Vereinigten Staaten von Amerika haben die Forscher für die Volkswirtschaften diesseits und jenseits des Atlantiks verschiedene Schock-Szenarien simuliert, die sowohl der Krise von 2008/2009 als auch dem historischen Durchschnitt nachempfunden sind. Das Ergebnis (bei Gesetzesstand 2013): Steuer und Transfersysteme in der Eurozone federn 47 Prozent der Schocks ab, in den USA dagegen nur 30 Prozent. Ein Großteil dieser Stabilisierungskluft zwischen Europa und den USA ist laut Analyse auf Sozialversicherungsbeiträge und Sozialleistungen zurückzuführen, die in Nordamerika deutlich geringer ausfallen.

Die Ergebnisse der ZEW-Studie sind laut den Forschern insbesondere vor dem Hintergrund der Diskussion um antizyklische Mechanismen auf europäischer Ebene von hoher Relevanz, da sie zeigen, dass die nationalen automatischen Stabilisatoren in den Euro-Ländern deutlich stärker zur Konjunkturstabilisierung beitragen als in anderen Ländern – wie etwa den USA.

Die vollständige Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: <http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/ZEWAutomaticStabilizersEurozone2015.pdf>

Dr. Mathias Dolls, dolls@zew.de
Prof. Dr. Andreas Peichl, peichl@zew.de



Die Wall Street in New York City ist der Dreh- und Angelpunkt der nordamerikanischen Finanzwelt. Kommt es zu konjunkturellen Erschütterungen, sind die USA jedoch weniger robust aufgestellt, als die Euro-Staaten.

Nachgefragt: Lohnt sich Fracking für Deutschland?

„Wir sollten die Ressourcen erst nutzen, wenn wir sie wirklich brauchen“

Fracking boomt – zumindest stellenweise. Bei der Methode des „Hydraulic fracturing“ (zu Deutsch: hydraulisches Aufbrechen) wird eine Mischung aus Wasser, Sand und Chemikalien unter enormem Druck in den Boden geschossen. Der Zweck: Sogenanntes unkonventionelles Erdgas aus unterirdischen, bisher verschlossenen Gesteinsschichten zu gewinnen. Seit fast zehn Jahren arbeiten die Nordamerikaner damit, um auch an Schiefergas zu kommen. In Deutschland wird die Methode bisher kontrovers diskutiert. ZEW-Umweltökonom Oliver Schenker erläutert, welche Gefahren Fracking für Klima und Umwelt mit sich bringt – und ob Deutschland damit eine lukrative Unternehmung winkt.

Die Praxis, Erdgas mittels Fracking zu fördern, ist nicht nur zwischen Industrie und Umweltschützern umstritten. Auch in der Wissenschaft gehen die Meinungen darüber auseinander. Mit welchen konkreten Risiken ist Fracking verbunden?

Fracking kann durchaus mit negativen Folgen für die Umwelt einhergehen. Um an das Erdgas in den unterirdischen Gesteinsschichten zu kommen, müssen grundwasserführende Schichten durchstoßen werden. Hierbei besteht eine abstrakte Gefahr der Verunreinigung durch die verwendeten Chemikalien, die zwar nur einen kleinen Teil der Mischung ausmachen, durch die schiefe Menge, die nötig ist, aber doch einen Effekt haben können. Das Risiko einer Verunreinigung auf diesem Weg ist aber relativ gering. Problematischer ist dagegen das eingesetzte Wasser-Sand-Chemie-Gemisch, das nach dem Fracken wieder an die Oberfläche zurückkommt. Diese Mischung muss aufgefangen und entsorgt werden. Gleichzeitig könnte Wasser an die Oberfläche gelangen, das sich dort unten über Jahrtausende mit Schwermetallen wie Blei oder Quecksilber angereichert hat – hochgiftige Stoffe also. Zudem wurden inzwischen in den USA verschie-

dentlich kleinere Erdbeben dokumentiert, die beim Fracken unter bestimmten geologischen Verhältnissen auftreten können. Schließlich wird im Zuge des Klimawandels zunehmend auch argumentiert, dass fossile Energieträger wie Erdgas besser im Boden gelassen würden.

Weshalb? Um das Klima nicht mehr als ohnehin schon zu belasten oder um quasi einen ultimativen Notvorrat verfügbar zu haben, falls die Ressourcen versiegen?

In der Tat reden wir dabei über die Klimaschädlichkeit des Schiefergases. Unter diesem Gesichtspunkt wäre Erdgas sicher die bessere Option als Braunkohle, um das Klima zu schonen. Das Erdgas muss jedoch nicht zwangsläufig aus Deutschland stammen. Noch gibt es günstiger zu förderndes Erdgas aus anderen Teilen der Welt wie Nordafrika und Russland. Der Nutzen der durch Fracking erschließbaren Ressourcen liegt wohl eher in der Versorgungssicherheit. Wir sollten die Ressourcen deshalb erst dann nutzen, wenn wir sie wirklich brauchen.

Brauchen wir Fracking in Deutschland überhaupt, wenn wir eine Energiewende haben?

Bis wir ganz ohne fossile Energieträger auskommen, dauert es noch eine gewisse Zeit. Gerade die unstete Produktion von Elektrizität aus erneuerbaren Quellen macht einen Sicherheitspuffer notwendig, der eben diese Schwankungen ausgleichen kann. Gaskraftwerke wären dazu gut geeignet und umweltfreundlicher als Kohlekraftwerke. Aus verschiedenen Gründen sind Gaskraftwerke heute in Europa allerdings kaum profitabel und es ist unwahrscheinlich, dass die Nutzung des Schiefergaspotenzials in Deutschland an dieser Situation etwas ändern würde.

In den USA gilt Fracking als einträgliches Geschäft. Könnte auch Deutschland davon profitieren?

Indirekt profitiert Deutschland schon heute durch niedrige Gas- und Ölpreise. Daneben gibt es hier durchaus ein gewisses, aber limitiertes Potenzial an nutzbarem Schiefergas. So könnte sich nach Schätzung von Fachleuten Deutschland mit seinen Vorräten an Schiefergas bestenfalls zehn Jahre lang selbst versorgen. Das heißt, das Potenzial und die Erträge sind begrenzt. Gleichzeitig ist Deutschland auch viel dichter besiedelt als die wichtigsten Fracking-Regionen der USA. Die Rahmenbedingungen sind folglich andere, was wiederum die Kosten der Regulierung erhöht. Ob unter diesen Umständen eine profitable Industrie mit dem zugehörigen Knowhow, Fachkräften und Investitionen entstehen könnte, ist fraglich. Gerade bei den aktuell tiefen Preisen für konventionelle Energieträger wie Öl und Gas würde sich Fracking kaum lohnen. So hatte man zum Beispiel auch in Polen große Hoffnungen in das Potenzial von Fracking gesetzt, was letztlich aber aufgrund von regulatorischen Unsicherheiten und einer komplizierteren Geologie als in den USA gescheitert ist.



Dr. Oliver Schenker

ist kommissarischer stellvertretender Leiter des Forschungsbereichs „Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement“ und koordiniert den Forschungsschwerpunkt „Internationale Umwelt- und Ressourcenpolitik“ am ZEW. Seine Forschungsinteressen umfassen unter anderem internationalen Handel und Wachstum. Der

Schwerpunkt setzt sich mit den ökonomischen Herausforderungen der Regulierung globaler Umweltprobleme und der Analyse internationaler Klimapolitik auseinander.

Dr. Oliver Schenker, schenker@zew.de

Parlamentarischer Abend am ZEW – Was die Energiewende für Unternehmen bedeutet

Die Energiewende ist eines der ambitioniertesten umweltpolitischen Vorhaben in der Geschichte Deutschlands. Wie die Folgen für die Unternehmen aussehen und was die zentralen Herausforderungen für die Politik sind, waren die Fragen beim dritten Parlamentarischen Abend der Metropolregion Rhein-Neckar (MRN), der zu dem Thema „Deutsche Energiewende und Europäische Klimapolitik. Was bedeutet dies für die Wirtschaft?“, am 2. Februar 2015 am ZEW in Mannheim stattfand.

Vor rund 180 Zuhörern zeigte Andreas Löschel, Professor für Volkswirtschaftslehre in Münster und Research Associate des ZEW, auf, dass Deutschland zwar führend beim Ausbau erneuerbarer Energien sei, in anderen Bereichen seinen Zielen aber noch hinterher hinke. In der folgenden von Gerhard Augstein, Redakteur beim SWR-Fernsehen, moderierten Podiumsdiskussion debattierten die beiden Europaparlamentarier Reinhard Bütikofer (Grüne) und Daniel Caspary (CDU) mit Dr. Markus Binder, dem kaufmännischen Vorstand der Großkraftwerk Mannheim AG, Johannes Heger, dem Geschäftsführer von HegerGuss,



Teilten sich das Podium (v.l.): Dr. Markus Binder, Daniel Caspary, Reinhard Bütikofer, Johannes Heger, Dr. Peter Vest und Moderator Gerhard Augstein.

und Dr. Peter Vest, dem Geschäftsführer der Wircon GmbH, über die Folgen der europäischen Energie- und Klimapolitik für die Wirtschaft und über die deutsche Energiewende.

ZEW Lectures on Economic Policy – China wandelt sich zur Dienstleistungsgesellschaft



Professor Yao Yang

Die Wirtschaftsmacht China schrumpft. Ursache für den Wachstumsrückgang ist ein tiefgreifender Strukturwandel im Reich der Mitte, der einerseits zu einem Anstieg des Verbraucher- und Dienstleistungsanteils an der Gesamtwirtschaft führt. Andererseits fährt die chinesische Regierung derzeit einen strengen finanz- und steuerpolitischen Kurs, mit dem Ziel, die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Beide Entwicklungen haben allerdings zur Folge, dass die Wirtschaft in dem fernöstlichen Land weiter an Fahrt verliert, erklärte Professor Yao Yang (50), Direktor des China Center for Economic Research und Dekan der National School of Development der Peking-Universität, in der Seminarreihe ZEW Lectures on Economic Policy zum Thema „Structural Change and Growth in China“ am 11. Februar 2015 in Mannheim.

Yang zufolge lässt die Volksrepublik die Entwicklungsphase der Industrialisierung mehr und mehr hinter sich. Zugleich stelle der Dienstleistungssektor mittlerweile Chinas größten Sektor dar.

Wissenschaftspreis von Volksbank Weinheim Stiftung und ZEW erneut vergeben

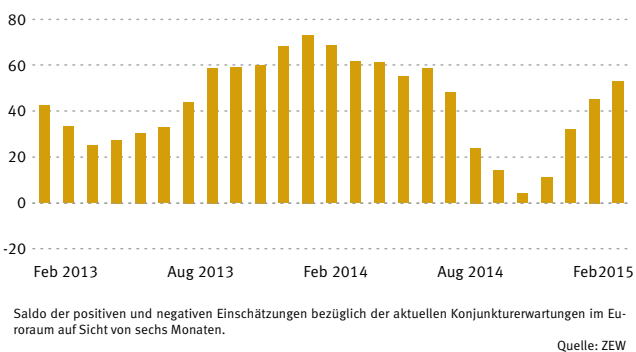
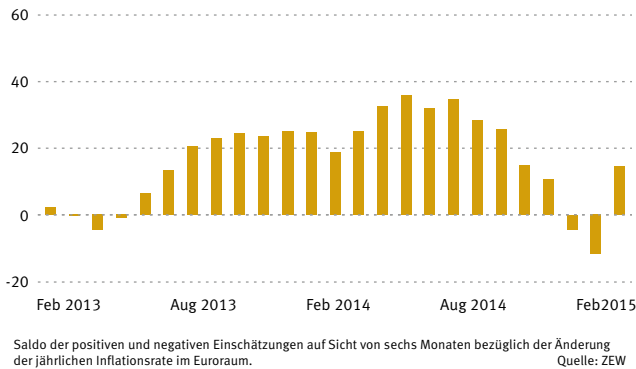
Die Volksbank Weinheim Stiftung hat gemeinsam mit dem ZEW zum zweiten Mal den Wissenschaftspreis „Zukunft der Arbeitswelt“ vergeben. Während des Neujahrsempfangs der Volksbank Weinheim eG am 20. Januar 2015 wurden Dr. Michael Kummer (33) für die beste eingereichte Doktorarbeit sowie Jonas Voßemer (26) für die beste eingereichte studentische Masterarbeit ausgezeichnet. Die Dissertation von Dr. Michael Kummer, der an der Universität Mannheim promoviert wurde, beschäftigt sich mit Informationstechnologien, Suchverhalten von Internet-Nutzern und Märkten. Die Masterarbeit von Jonas Voßemer, Masterstudium-Absolvent im Fach Soziologie an der Universität Mannheim, geht auf die langfristigen Folgen individueller Arbeitslosigkeit für die psychologische Gesundheit ein. Die Auszeichnung für die beste Dissertation ist mit 3.000 Euro dotiert, für die beste studentische Masterarbeit mit 2.000 Euro.

Finanziert wird der Wissenschaftspreis von der Volksbank Weinheim Stiftung. Über die Preisvergabe entscheidet eine fünfköpfige Jury, der neben Thomas Kohl, dem kaufmännischen Direktor des ZEW, auch ZEW-Präsident Clemens Fuest und Prof. Dr. Holger Bonin, Leiter des ZEW-Forschungsbereichs „Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung“, angehören.



Jonas Voßemer, Dr. Michael Kummer, ZEW-Geschäftsführer Thomas Kohl und Prof. Dr. Holger Bonin (v.l.).

ZEW-Finanzmarkttest im Februar 2015



Steigende Inflation für den Euro erwartet

Die ZEW-Finanzmarktexperten gehen wieder von einem Anstieg der Inflationsrate in der Eurozone aus. Nach einem Rückgang in den letzten zwei Monaten steigt der entsprechende Saldo um 26,3 Punkte auf 14,6 Punkte. Maßgeblich für diese Entwicklung dürfte die von der Europäischen Zentralbank beschlossene quantitative Lockerung sein. Bemerkenswert ist jedoch, dass die Inflationserwartung auch für Volkswirtschaften außerhalb der Eurozone signifikant steigt. Die Ursache für diese Aufwärtskorrektur ist vermutlich die von den Experten formulierte Erwartung eines künftig wieder steigenden Ölpreises.

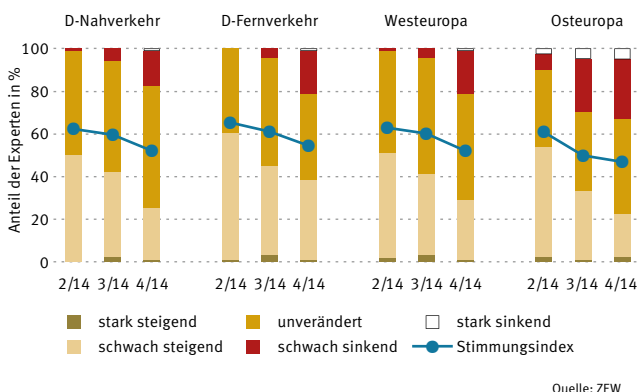
Dominik Rehse, rehse@zew.de

Eurozone: Konjunkturprognose weiter verbessert

Die Konjunkturerwartungen für die Eurozone haben sich im Februar 2015 verbessert. Der Indikator steigt um 7,5 Punkte im Vergleich zum Vormonat und steht nun bei 52,7 Punkten. Seit einigen Monaten bewegen sich die Konjunkturerwartungen für die Eurozone und Deutschland im Gleichschritt. Grund hierfür ist ein schwacher Euro und billiges Öl, was in der Eurozone wie ein Konjunkturprogramm wirkt. Während die Wirtschaftslage in Deutschland mehrheitlich für gut befunden wird, notiert der Lageindikator für die Eurozone allerdings bei minus 48,4 Punkten.

Jesper Riedler, riedler@zew.de

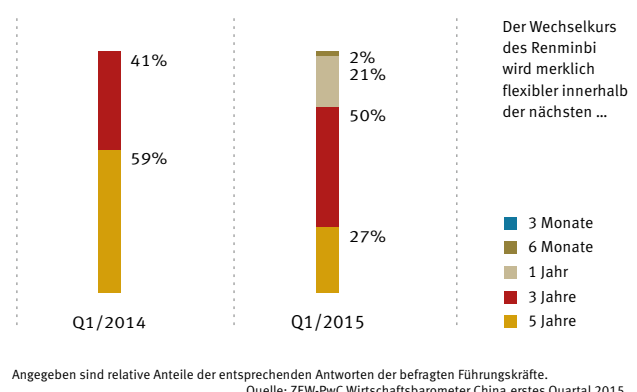
Aussichten im Straßengüterverkehr trüben sich weiter ein



Für den Straßengüterverkehr hat sich über alle Segmente hinweg die Stimmung weiter eingetrübt. Im Nahverkehr erwarten noch ein Viertel aller Experten des TransportmarktBarometers von der Basler Prognos AG und dem ZEW steigende Volumina. Ob die geplanten Konjunkturprogramme eine positive Wirkung zeigen, bleibt abzuwarten. Interessant ist, dass der Stimmungsindex für Osteuropa im Vergleich zum Vorquartal nur leicht gesunken ist. Möglicherweise ist dies darauf zurückzuführen, dass die Ukraine-Krise den Erfahrungen der Experten zufolge die Aktivitäten weniger beeinträchtigt, als im vergangenen Quartal vermutet.

Dr. Martin Achtnicht, achtnicht@zew.de

ZEW-PwC Wirtschaftsbarometer China: Renminbi bald merklich flexibler



Angegeben sind relative Anteile der entsprechenden Antworten der befragten Führungskräfte.

Immer mehr deutsche Unternehmen in China rechnen mit einem flexibleren Wechselkurs des chinesischen Yuan Renminbi in absehbarer Zeit. Im aktuellen ZEW-PwC Wirtschaftsbarometer China (erstes Quartal 2015) geben knapp 75 Prozent der befragten Führungskräfte an, auf Sicht von drei Jahren eine spürbar marktbasiertere Wechselkursbildung zu erwarten. Noch vor einem Jahr hielt dies weniger als die Hälfte der Manager für möglich. Ursache sind die von Chinas Regierung angekündigten Reformen im Finanzsystem sowie die kürzlich für ausländische Investoren teilweise geöffnete Börse in Shanghai.

Dr. Oliver Lerbs, lerbs@zew.de



Der Staat kann sich Zinssubventionen sparen

Des einen Freud ist oft des anderen Leid – ein aktuelles Beispiel für diese schon etwas in die Jahre gekommene Lebensweisheit scheint die aktuelle Zinsentwicklung zu sein. Während

hoch verschuldete Staaten und Häuslebauer, die Hypothekenkredite brauchen, über die niedrigen Zinsen jubeln, sind Kapitalanleger vom Kleinsparer bis hin zum milliardenschweren Pensionsfonds verzweifelt. Wer sein Geld in eine deutsche Staatsanleihe mit zehnjähriger Laufzeit investiert, erhält eine Rendite von rund 0,4 Prozent. Die reale Verzinsung dieser Anlage wird trotz der aktuell niedrigen Inflation voraussichtlich negativ sein. Wer höhere Renditen will, muss Risiken eingehen. Das hat weit reichende Folgen. Jahrelang haben Politiker und Ökonomen gepredigt, die Menschen sollten mehr sparen, um die demographiebedingt sinkenden umlagefinanzierten Renten auszugleichen. Jetzt zeichnet sich ab, dass die angestrebten Sparziele nicht erreicht werden, weil die Zinserträge zu gering sind.

Vor diesem Hintergrund werden Forderungen laut, den Zinsverfall aufzuhalten. Sparkassenpräsident Georg Fahrenschon hat zum Beispiel vorgeschlagen, die niedrigen Zinsen durch steuerfinanzierte Subventionen aufzustocken. Was ist davon zu halten?

Es ist berechtigt, davor zu warnen, dass bei vielen Menschen eine Versorgungslücke bei der Rente droht. Es ist aber nicht die Aufgabe des Staates, die Bürger bei ihren Sparscheidungen zu bevormunden. Handlungsbedarf für den Staat besteht nur dann, wenn die Gefahr besteht, dass Einzelne die Vorsorge vernachlässigen und sich darauf verlassen, im Alter vom Sozialstaat aufgefangen zu werden. Das spricht aber nur dafür, jedermann zu verpflichten, in einem Mindestumfang für das Alter vorzusorgen. Wenn die umlagefinanzierte Rente dafür nicht ausreicht, ist es naheliegend, ergänzend zu den Rentenbeiträgen Einzahlungen in eine kapitalgedeckte Altersvorsorge gesetzlich vorzuschreiben. Sparzwang ist unpopulär, aber zumindest wäre es denkbar, bei abhängig Beschäftigten automatisch einen Ge-

haltsbestandteil in einen Fonds zur Altersvorsorge einzuzahlen, sofern der Beschäftigte dem nicht aktiv widerspricht. Die Verhaltensökonomie spricht dabei von „nudging“ – dem sanften Stoß in die richtige Richtung.

Allgemeine steuerfinanzierte Zuschüsse zur Förderung der privaten Ersparnis sind dagegen nicht das richtige Instrument. Der Hauptgrund liegt darin, dass diese Zuschüsse vor allem höheren Einkommensschichten zu Gute kommen, die ohnehin sparen, häufig über Vermögen verfügen und bei denen keine Altersarmut droht. Darüber hinaus kann eine solche Förderung leicht zu einer bloßen Subvention für die Finanzbranche werden, die durch hohe Vertriebsgebühren aufgefressen wird und den Staatshaushalt belastet. Wenn eine Sparförderung erwogen wird, dann sollte sie sich auf die Altersvorsorge für Haushalte mit niedrigem Einkommen beschränken und mit einer Vorsorgepflicht kombiniert werden.

Darüber hinausgehende Zinssubventionen würden außerdem eine Fehlsteuerung verursachen. Zinsänderungen haben nicht nur einen Umverteilungseffekt zwischen Gläubigern und Schuldern. Sie haben auch eine Steuerungsfunktion. Derzeit versuchen hoch verschuldete Staaten, Unternehmen und Haushalte in Europa, ihre Schulden abzubauen. Niedrige Zinsen signalisieren, dass die Nachfrage nach Kapital gering ist. Es werden zumindest kurzfristig weniger Ersparnisse benötigt. Dass die Sparer dies spüren, ist wichtig, damit sie ihr Geld eher in gesamtwirtschaftliche sinnvolle, reale Investitionen wie einen Hausbau oder eine Weiterbildung umleiten oder auch mehr konsumieren. Der Staat sollte dieses Marktsignal nicht durch steuerliche Eingriffe außer Kraft setzen.

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim, L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43, 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Clemens Fuest · **Kaufmännischer Direktor:** Thomas Kohl

Redaktion: Julian Prinzler · Telefon 0621 / 12 35 - 133 · Telefax 0621 / 12 35 - 255 · E-Mail prinzler@zew.de
Felix Kretz · Telefon 0621 / 12 35 - 103 · Telefax 0621 / 12 35 - 255 · E-Mail kretz@zew.de
Gunter Grittmann (V.i.S.d.P) · Telefon 0621 / 12 35 - 132 · Telefax 0621 / 12 35 - 255 · E-Mail grittmann@zew.de

Fotos: istockphoto (Seite 1, 5, 12); Peter Dorn (Seite 14); ZEW (Seite 13, 14, 16)

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2015